



Bericht aus Berlin

1 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Jahreswirtschaftsbericht 2013

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu Jahresbeginn turnusgemäß den Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen. Sie stellt darin ihre finanz- und wirtschaftspolitische Strategie dar und gibt Wirtschaft, Tarifpartnern und Öffentlichkeit mit einer Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Orientierungsdaten für das laufende Jahr.

Der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2013 lautet „Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa“. Er mahnt damit an, über die finanzielle Krisenbewältigungspolitik hinaus nicht die realwirtschaftlichen Reformen zu vernachlässigen. Deutschland muss wieder stärker nach außen blicken und sich der globalen Konkurrenz stellen, um die gute Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Europa aus der Defensive zu holen. Aller Voraussicht nach wird sich die deutsche Konjunktur trotz des schwierigen Umfelds auch dieses Jahr wieder als robust aufwärts gerichtet erweisen. Aufgrund der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen spielen die privaten Konsumausgaben und die privaten Wohnungsbauinvestitionen eine tragende Rolle. Der Beschäftigungsrekord von 2012 wird nach Projektion des Jahreswirtschaftsberichts noch einmal geringfügig überboten und die Bundesregierung wird das Ziel der Schuldenregel, ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35% des Bruttoinlandsprodukts, bereits in diesem Jahr einhalten - also drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Die Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2013 können Sie im Wortlaut nachlesen oder per Video nachverfolgen unter: www.bundestag.de

50 Jahre Elysée-Vertrag

Der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Pariser Elysée-Palast unterzeichnete Vertrag markiert einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen. Die alten „Erbfeinde“ fanden einen Weg über die Gräben und Grenzen der Vergangenheit aufeinander zu. Kriege und Demütigungen, lange Zeit an der Tagesordnung der beiden Staaten, sind nicht mehr vorstellbare Ereignisse, es sind Kapitel in Geschichtsbüchern. Die Freundschaft, die symbolisch durch Bundeskanzler Helmut Schmidt und Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und später durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und François Mitterrand bekräftigt wurde, ist mittlerweile selbstverständlich und tief in den Herzen der Menschen verwurzelt. Mit der vor fünfzig Jahren beschlossenen engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, der Verpflichtung zu Abstimmungen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik unterahmen die beiden Staaten einen beispiellosen Schritt aufeinander zu. Dieser Schritt hat nicht nur eine wichtige zwischenstaatliche Abstimmungsebene geschaffen, auf deren Grundlage Europa gewachsen ist. Die deutsch-französische Zusammenarbeit konnte so zu der tragenden Säule der europäischen Integration werden. Dass Europa zu einem Kontinent des Friedens werden konnte, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Es ist das Ergebnis einer klugen neuen Außen- und Versöhnungspolitik. Ein wesentlicher Grundstein hierfür wurde mit dem Elysée-Vertrag gelegt. Am 22. Januar wird deshalb eine gemeinsame Sitzung des Bundestages und der Assemblée Nationale in Berlin stattfinden.

Wahlkreisbewerber...

Wahlkreisbewerber sind diejenigen, die sich direkt zur Wahl stellen und sich um das Direktmandat bewerben. Sie müssen nicht einer Partei angehören; als Bewerber einer Partei kommen sie allerdings nur infrage, wenn sie etwa in einer Mitgliederversammlung in geheimer Wahl gewählt worden sind. Unzulässig ist es, dass unterschiedliche, meist kleinere Parteien gemeinsame Landeslisten aufstellen, um im sogenannten „Huckepack-Verfahren“ die Fünfprozenthürde zu unterlaufen. Darüber hinaus ist es ausdrücklich verboten, dass im Wahlkreis oder auf der Landesliste Kandidaten aufgestellt werden, die einer fremden Partei angehören.

Nachrichten

Bei Haushaltsplanung Maß halten

Der Deutsche Landkreistag hat mehr finanzielle Unterstützung vom Bund gefordert. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

„Der Bund unterstützt die Kommunen bereits mit der größten Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. So entlastet der Bund die Kommunen mit der Übernahme der ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dauerhaft allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Milliarden Euro. Profitieren werden davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Zudem wurde zwischen Bund und Ländern vereinbart, ab der kommenden Legislaturperiode die Übernahme von Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen durch den Bund anzugehen. Wenn es dann am Ende doch nicht reicht, können mitunter die Finanzprobleme auch hausgemacht sein. So ist es nicht nachvollziehbar, wenn beispielsweise ein mit rot-grüner Mehrheit regierter Landkreis in Niedersachsen nur mit Mühe einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommt, obwohl das Land im Rahmen eines Entschuldungsvertrages 75 Prozent der Kassenkredite übernommen und damit den finanziellen Spielraum des Landkreises deutlich vergrößert hat. Hier sind auch die Landkreise und Kommunen aufgefordert, bei Haushaltsplanungen Maß zu halten.“

Baufreigabe in Ottersweier

Das Eisenbahnbundesamt hat die seit langem ersehnte Baufreigabe für das Regenrückhaltebecken am Grenzgraben westlich der Neubaustrecke Karlsruhe-Basel auf Gemarkung Ottersweier erteilt. Diese gute Nachricht hat Peter Götz jetzt Bürgermeister Jürgen Petzer übermittelt.

Der mittelbadische CDU-Bundestagsabgeordnete hatte sich auf Bitten des Rathauschefs persönlich an den Präsidenten des Eisenbahnbundesamt gewandt und auf rasche Realisierung des Vorhabens gedrängt. Im Bereich des Grenzgrabens kommt es aufgrund des Streckenausbaus immer wieder zu Überflutungen. „Ich freue mich für die Gemeinde Ottersweier, dass dieser unhaltbare Zustand nun bald ein Ende findet“, sagte Götz. Wie die für die Maßnahme zuständige ProjektBau GmbH auf Anfrage des Abgeordneten bestätigte, soll spätestens im vierten Quartal dieses Jahres mit dem Bau des Regenrückhaltebeckens begonnen werden.

Besuchen Sie meine neue Internetpräsenz

www.goetzpeter.de

LEG-Preis 2012 Götz übernimmt Patenschaft

Die Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V. (LEG) lobt alle zwei Jahre den LEG-Preis aus. Der Wettbewerb richtet sich an angehende Stadtplanerinnen und Stadtplaner. Der Wettbewerb 2012 hatte das Motto „Klima wandelt Stadt“. Die Teilnehmer waren aufgefordert, Strategien für Klimaanpassung an drei innerstädtischen Wettbewerbsgebieten in Frankfurt am Main zu entwickeln. Bei der Preisverleihung hielt Peter Götz die Laudatio auf zwei Preisträgerinnen, die sich mit einem Konzept zur Umgestaltung der Konstabler Wache „StadtOase – Ein nachhaltiger Rückzugsort“ befasst haben. Weitere Informationen: www.bvleg.de



Die AG Kommunalpolitik hatte in dieser Woche die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände zu Gast. In der Diskussion ging es vor allem um die Lage der Städte und Gemeinden mit Rückblick auf das Jahr 2012 und Aussicht auf 2013.

Einige interessante Daten und Fakten...

2012 so viele Erwerbstätige wie noch nie

Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2012 im Durchschnitt bei rund 41,5 Millionen. Damit waren im vergangenen Jahr so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Erwerbstätigen folglich um 416 000 Menschen (+1%) gestiegen, so das Statistische Bundesamt. Der neue Rekord ist der sechste Höchstwert in Folge, die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 2005 um 2,66 Millionen Personen (+6,8%) gestiegen. Zudem hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbslosen um 2,23 Millionen Personen verringert und sich damit auf 2,34 Millionen Erwerbslose in 2012 nahezu halbiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gute Konjunkturaussichten für 2013 und 2014

Das Bruttoinlandsprodukt wächst weiter. Zwar ist die deutsche Wirtschaft aufgrund einer schwachen zweiten Jahreshälfte im vergangenen Jahr lediglich um 0,8 Prozent gewachsen, das Bruttoinlandsprodukt wird in 2013 aber mit zunehmendem Tempo um weitere 0,9 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr wird sogar eine jahresdurchschnittliche Rate von mehr als zwei Prozent erwartet. Bedingt wird dies laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durch die wachsende Nachfrage nach deutschen Exportprodukten aus Nachbarländern wie Frankreich und den Niederlanden. Außerdem prognostizieren die Experten, dass die Lage am Arbeitsmarkt auch weiterhin gut bleibt, sodass die Konsumnachfrage kräftig zunehmen dürfte.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)